

Museumsgesellschaft Freiburg

Heribert Weiland

Die politische Dynamik der Coronakratie

April 2021

Coronakratie: Das Virus hält die Welt in Atem

- Covid 19 hat als Pandemie nicht nur zu einer Gesundheits- sondern auch zu massiven sozio-politischen Krise geführt.
- Politische Implikationen der Krisenbekämpfung
- Fallstudie Deutschland
- Leitfragen: Ist unsere Demokratie mit ihrem politischen Management den bislang unbekanntten Herausforderungen gewachsen? Systemkrise?

Kampf dem Virus: Ein Rückblick – 3 Wellen

- Fernöstlicher Ausbruch wenig ernstgenommen; Deutschland / Europa galt als krisensicher. Vorbildliches Gesundheitssystem
- **1. Welle** – große Verunsicherung – Angst – Regierung antwortet entschlossen mit Kontaktverboten, die auch angenommen wurden; Eindämmung erfolgreich – Sommer-Sorglosigkeit – Prävention versäumt
- **2. Welle** – Wiederaufleben der Epidemie (Nov. 2020); milder Lockdown mit Blick auf Weihnachten; nach Verschärfung im Dezember Ende Februar fallende Inzidenzen; Lockerungen am 3. März zu früh
- **3. Welle** – exponentiell steigende, dann abflachende Inzidenzen bei ersten Impferfolgen; aber Unsicherheiten wegen neuer Mutanten;

Angst führt zu Staatsgläubigkeit

- Unbekanntes Virus: Pandemie führt zum demokratischen Stress-test
- Infektionsgefahr verlangt radikale Entscheidungen: Leben und Tod.
- In Ausnahmesituation bei Unkenntnis des Virus verantwortungsvoll handeln?
- Dilemma der Demokratie: Gesundheit oder Freiheit?
- Coronakratie bestimmt Politikmanagement: Bevölkerung verlangt Schutz und Sicherheit; Regierung antwortet mit kuratiertem Regieren (Sorge)
- Kuratiertes Regieren: Voranantasten: Freiheitsbeschränkungen (Verbote und Appelle - AHA Regeln) von Bevölkerung zunächst unterstützt: 75% (starker Staat)
- Opposition akzeptiert. Totalreduktion von Komplexität. Querdenker marginal.
- Zukunftserwartungen prägen Krisengewinner und Krisenverlierer
- Kuratierte Politik in 2020 sehr ausgeprägt - erfolgreich – 2021 implodiert -besteht aber tendenziell weiter fort.

Staatsvertrauen in der Krise bröckelt

- Vertrauen in Regierung (Gesundheitsschutz) durch externe Ereignisse und durch Governance-Pannen verspielt. Die Erwartungen in souveränes Krisenmanagement stark enttäuscht:
 - **Impfdebakel**: Kritik an zurückhaltender Beschaffung durch EU, wenn auch das EU-Solidaritätsziel das Vorgehen rechtfertigt.
 - **Testmaterial** zum 1. März, obwohl zugesagt, nicht verfügbar.
 - **Astra-Zeneca**: Lieferschwierigkeiten (Prozess) und Gesundheitsbedenken
 - **Maskenaffäre** skandalös; CDU/CSU Abgeordnete missbrauchen Krise- Amigo
 - **Organisationsdefizite** : überlastete Impfhotlines, dysfunktionale Corona-App, bürokratische Impfreiherfolge; Meldepannen der Gesundheitsämter; Probleme bei Schultestungen etc. (Vergleiche mit Israel, UK, USA, Österreich)
- Die massive Kritik der Medien, v.a. soziale Medien, verstärken die Vertrauenskrise. Unterstützung der Regierung erodiert.

KS
21

Okay, ich hab's
vorbockt! Und was
soll ich jetzt besser
machen?



Alles öffnen!
Lockdown beenden!
Schulen zu!
Vergiss die Inzidenzzahlen!
Alles schließen!
Lockdown verschärfen!
Schulen auf!
Notbremse bei 100!
Hör nicht auf Virologen!
Präsenzunterricht!
Kein Präsenzunterricht!
Astra stoppen!
Notbremse bei 200!
Mach alles einfach anders!
Weniger lockern!
Gar nicht lockern!
Astra impfen!
Zurücktreten!
Bringt doch nichts!
Mehr lockern!
Kits auf!
Flexibel sein!
Besser machen!
Reisen erlauben!
Halb lockern!
Mehr Pläne!
Konsequent sein!
Impfpläne ändern!
Reisen verbieten!
Kits zu!
Impfpläne so lassen!

Folge: Gesellschaftlicher Konsens schwindet

- Lock-down ohne Ende? Der Druck von unten steigt. Ende der Geduld
- Regierungspolitik wird hinterfragt: Lockerungen gefordert (Frühjahr 2021)
 - Zweifel an der Deutungshoheit der Virologen
 - Kritik an einseitiger, zu enger Inzidenzargumentation; Indikatoren (Intensivbetten)
 - Zunehmende gerichtliche Aufhebungsentscheide der Freiheitsbeschränkungen
 - Berufsgruppen (Interessen) melden sich mit eigenen Schutzkonzepten
 - Einzelhandel, Gaststätten, Hotels und Reisebüros in schweren Existenznöten
 - Kulturschaffende besonders betroffen; Persiflage #allesdichtmachen?
 - Konflikte, Neid, Unverständnis wegen unverständlichen Lockerungsgenehmigungen (Frisöre - Baumärkte)
 - Dauerthema Schulen – Homeschooling – Eltern in Homeoffice; Schulen = Infektionsherde? Testen?
 - Hoffnung auf Alternativen. Vorseilende Sonderwege durch kleinräumige Übernahme von kurativer Verantwortung – z.B. frühes, konsequentes Testen (Tübingen, Rostock, Saarland u.a.)
 - Menschen sind erschöpft, verärgert und “mütend”: Stimmungsverfinsterung.
- Ruf nach klaren Entscheidungen und „harter Kante“, um Endlosschleife zu beenden = Ruf nach konsequenter kuratierender Regelungsmacht

Wahlkämpfe überlagern Coronabekämpfung

- Corona dominierte die Wahlen in BW und Rheinland-Pfalz
- Buhlen um Wählergunst = fatale Lockerungen (3.3.) trotz UK-Virus-Gefahr
 - Regierungsparteien versprechen Sicherheit und gewinnen (14.3.); Boni für MPs
 - CDU verliert, weil Führung offenbar bei Coronabekämpfung versagt hat.
- Wettbewerb um Kanzlerkandidatur wird durch Corona entschieden
 - Unsägliche Profilierungskonkurrenz : Laschet oder Söder (Populismus)
 - Deutliche Annäherung von beiden an die harte Linie der Kanzlerin.
- Parteienwettbewerb. Deutliche Präferenzverschiebung
 - Krisengewinner: Grünen – geschickte Zurückhaltung und gekonnte Kandidatenkür
- Perspektive Bundestagswahl ? Ist noch offen.
 - Hält der Vertrauensverlust bei der CDU /CSU an? Können Regierungsparteien kuratives Vertrauen bei erfolgreicher Impfkampagne zurückgewinnen?

MPK Ein untaugliches Steuerungsinstrument?

- Die MPK als Entscheidungsinstanz im föderalen Staat zeigt sich in der Krise dysfunktional.
- Der demokratische Föderalstaat zum Schutz von Minderheiten wurde 1949 geschaffen: Eine historische Lehre für eine Politik des „nie wieder“.
 - Verfassungsrechtliche Regelungen stützen Länderkompetenzen: Bildung und Sicherheit sind Ländersache; Gesetzgebung; Schutz vor Zentralgewalt; regionale Besonderheiten
 - Vorteil: Regionale Heterogenitäten anpassungsfähig.
 - Nachteil: Im Föderalstaat kann nicht durchregiert werden. Zentralgewalt eingeschränkt. (Ausnahme Notstand). Nur konsensuale Mehrheitsentscheidungen möglich
- Föderalstaat erweist sich in der Coronakrise strukturell als ineffizient, zu langsam und entscheidungsschwach. Länder und Kommunalinteressen widersetzen sich einheitlichen, nationalen Entscheidungen. Populistische Profilierung der Länderchefs?
- Problem: Kakophonie der Länderchefs gegen Kanzlerin (Wissenschaft); Populistische Regelinterpretationen auf regionaler Ebene (Notbremse) und Modellversuche
- Lösung per Gesetzesänderung? Kompetenzzuwachs des Bundes (Kompetenz-Kompetenz) durch Übernahme von mehr Verantwortung. Föderalismus beschränkt, nicht abgeschafft.



KS
21



Die Ministerpräsidenten auf der Suche nach alternativen Notbremsen.

ZEICHNUNG: STUTTMAN

Gesundheit vs Freiheit: Systemkrise der Demokratie?

- **Gesundheitsschutz** = übergeordnete Aufgabe des Staates ist die Seuchenbekämpfung. Exponentieller Anstieg der Infektionen: Nicht-Handeln = Tote + Corona-Langzeitfolgen; Schutzmaßnahmen legitimiert durch Solidarität mit Infizierten / Vulnerablen; **Politik zu zaghaft?**
- Wenn Appelle an eigene Verantwortung nicht mehr wirken und Eigeninteressen überwiegen, können demokratische Freiheitsrechte (Kontakte) zum Gesundheitsschutz eingeschränkt werden. **Zeitargument: vor** die Welle kommen.
- **Freiheitsrechte = Grundrechte** müssen grundsätzlich beachtet werden. Verbote nur als ultima ratio. Mehr Wissen – mehr Freiheit. Gebot der Verhältnismäßigkeit; Gerichte haben Kontrollkompetenz, doch Politik sollte entscheiden! Gefahr von Gewöhnungseffekten bei Akzeptanz von Verboten – Staat wird zu stark
- **Gesetzliche Regelung: Infektionsschutzgesetz** als Notbremse (Inzidenz 100 /165); Kontaktverbote); Länder stimmten zögerlich zu; Selbstentmachtung? Parlamentsentscheidung half kaum: zu langwierig, sehr kontrovers (BVG); erneut unterlaufen

Autokratische vs. (föederal-)demokratische Systeme

- Systemvergleich in ordnungspolitischer Perspektive.
- Autokratische / zentralistische Regime sind effektiver, aber tendenziell unfrei.
 - Politik wird autokratisch/ zentralstaatlich durchgesetzt.
 - Kritik – Medienfreiheit – wird häufig (gewaltsam) unterbunden.
 - Fehlleistungen werden nicht kommuniziert (China, Nordkorea)
- Demokratische Systeme leben von pluralisierter, parteipolitisch belebter Debatte, aber in Extremsituationen wenig effizient: Freiheiten können nur **kurzfristig** unter Rechtsstaatsbedingungen beschränkt werden. Zuversicht auf Besserung.
 - Freiheiten grundrechtlich verbrieft: Einschränkungen gesetzlich geregelt (30 Tage)
 - Meinungsfreiheit für Demokratie zentral: Linke, Grüne, FDP; Alternativen gefragt
 - Verbot von Protesten radikaler Kritiker besonders umstritten. Minderheit: Querdenker, Q-Anon, Reichsbürger, AfD, Impfgegner. (Gewaltanwendung?, Missachtung der Hygiene-Regeln)
 - Aggressive Ablehnung „ Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf“.
 - Neuer Streit: Rückkehr der Freiheitsrechte an Geimpfte? Ab wann? Impfneid der Jüngeren
 - Impfgegnerparadox: Virus heute verharmlost, morgen Einschränkungen für Nicht-Geimpfte ?

Krisenlösung durch Virusbekämpfung in Sicht?

- Covid 19 wird weiterhin die Politik bestimmen. Damit auch die Muster einer kurativen, angstgeprägten, führungsorientierten, aber auch demokratiegefährdenden Politik. Normalisierung erst nach Überwindung der Pandemie? Licht am Ende des Tunnels?
- Überwindung durch Herdenimmunität über Impfung (60%-70%, evtl. Juli?), **sofern**
 - Ausreichend Impfstoffe vorhanden (Mai - Juli)
 - Impfen beschleunigt wird (5 Mio. pro Monat). Impfstoffe akzeptiert werden.
 - Impfen in öff. Zentren, Arztpraxen, Betrieben, aber auch Schulen und sozialen Brennpunkten (Migranten etc.)
 - Vorläufig konsequentes Testen in Schulen, Sozialeinrichtungen und Betrieben
 - Virusmutationen die Impfwirkung nicht infrage stellen.
- Politikmanagement zwischen Verboten (Fairnis) und Lockerungen (Freiheit)
- Corona muss in ganz Europa (international) überwunden sein: Pandemie (Indien, Brasilien)
- Virus verschwindet nicht. Bekämpfung durch Impfen / Medikamente notwendig
- Politische Konflikte werden nur durch Kommunikation und positive Erwartungen überwunden.
- Covid 19 wird auch Bundestagswahl entscheidend beeinflussen: Wer ist Krisengewinner?